

---

## Kommentar



Von **Bärbel Kistner**

---

Auch Heilbronn braucht eine verbindliche Sozialquote für alle Wohnbauprojekte.

### *Überfällig*

Wer glaubt, der Markt wird es beim Thema Wohnen schon richten, dem sei die testweise Suche nach einer Mietwohnung in Heilbronn empfohlen – mit einem angenommenen Monatseinkommen von 1500 Euro. So viel verdient ungefähr eine examinierte Krankenschwester mit Steuerklasse eins. Was der freie Markt im Bereich von Ein- und Zwei-Zimmerwohnungen derzeit hergibt, verschlingt bei der Warmmiete bereits 40 bis 50 Prozent dessen, was beispielsweise Fachkräfte im Gesundheitssektor verdienen.

Längst ist auch in Heilbronn der Mietwohnungsmarkt aus den Fugen geraten und hat einer großen Zahl an Wohnungssuchenden fast nichts mehr zu bieten. Die Wohnungsnot trifft nicht nur die unteren Einkommenschichten, sondern ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Die Schere zwischen dem Angebot großer, teurer Wohnungen und der Zahl der benötigten günstigen und kleineren Wohnungen geht immer weiter auseinander. Auch aus diesem Grund ist eine verbindliche Quote für geförderten Wohnraum überfällig – nicht nur in Heilbronn, sondern am besten auch in Neckarsulm und weiteren Kommunen in der Region.

In Zeiten, in denen es nicht mehr nötig ist, Bauträger zu umwerben, können und müssen Städte Bedingungen dafür diktieren, was gebaut wird – jenseits der Standards von Gebäudehöhen oder der Farbe von Dachziegeln. Auch Heilbronn darf sich nicht mehr länger nur darauf verlassen, dass ihre kommunale Wohnbautochter Stadtsiedlung freiwillig Sozialwohnungen baut.

Eine Quote ist nur ein erster Schritt. Der Verkauf von Grund und Boden darf nicht wie in der Vergangenheit überwiegend dem Markt überlassen bleiben. Im Neckarbogen hat sich gezeigt, dass es möglich ist, städtische Grundstücke nicht an denjenigen zu verkaufen, der den höchsten Preis bezahlt, sondern der das beste Konzept vorlegt. Diese Einflussnahme darf sich die Stadt in Zukunft beim Wohnungsbau nicht mehr nehmen lassen. Die Vergabe nach einem sozialverträglichen Konzept muss Standard werden – um eine weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.

---

**@ Ihre Meinung?**

baerbel.kistner@stimme.de